

Medienbeobachtung

29.09.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Städte fürchten Schuldenexplosion**
29.09.2023 , Die Presse Seite 12

Die Presse vom 29.09.2023

Städte fürchten Schuldenexplosion

Steuereinnahmen. Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz fordern eine Änderung des Verteilungsschlüssels. Ansonsten könnten sie ihre Kernaufgaben nicht mehr stemmen.

Von Köksal Baltaci

Wien. Mit der Inflation steigen die kommunalen Ausgaben, während gleichzeitig die Anteile am Steuergeld als Hauptquelle der Einnahmen für Städte schrumpfen. Eine Entwicklung, die Österreichs Städte in eine finanzielle Schieflage gebracht habe, die langsam bedrohlich werde, sagen die Finanzreferenten der Städte Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz.

Sie fordern (wie auch der Städtebund) eine Änderung des sogenannten vertikalen Schlüssels im Finanzausgleich – von bisher zwölf auf 15 Prozent. 20 Prozent fließen an die Länder (auch sie fordern eine Anhebung, und zwar auf 25 Prozent), den Rest behält der Bund. Dieser wiederum schlägt vor, statt der Veränderung des Schlüssels Mittel aus dem eigens gegründeten Zukunftsfonds bereitzustellen, der mit einer Milliarde Euro jährlich aus dem Bundesbudget gefüllt wird – allerdings erfolgsabhängig. Also mit der Bedingung, dass im Vorfeld definierte Ziele in den drei Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz erreicht werden müssen. Der stärkste Fokus soll dabei auf ersterem Bereich liegen. Werden diese Ziele innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht erreicht, fällt die Unterstützung ab der nächsten Runde weg.

Kinderbetreuung und Klima

Plus: Die Hoheit über diese Mittel sollen zur Gänze die Länder haben, nicht die Städte bzw. Gemeinden – mit dem Argument, dass die Städte, die den Ländern regulatorisch untergeordnet sind, ohnehin auch davon profitieren werden. Schließlich betreffen Investitionen in den drei genannten Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz auch die Städte.

Ein Konzept von Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP), dessen Einzelheiten in den kommenden Wochen ausverhandelt werden, mit dem die Städte aber ohne zusätzliche Rahmenbedingungen nicht einverstanden sind. Sie fürchten nämlich, dass durch die Vorgabe von Zielen die Gelder hauptsächlich in ländliche Regionen fließen werden, weil dort der Bedarf an Angebotserweiterungen tendenziell höher sei.

„Nehmen wir das Beispiel Kinderbetreuung“, sagt Johannes Müller, Finanzdirektor von Graz, im „Presse“-Gespräch. „Graz verfügt über vergleichsweise gute Angebote bei der Kinderbetreuung.“ Wenn nun die Zielvorgabe eine Verbesserung des Angebotes im Landesschnitt wäre, dann ist davon auszugehen, dass Graz vom Großteil der Mittel aus dem Zukunftsfonds nicht profitieren wird. Die Gelder würden in jene Regionen fließen, in denen Aufholbedarf herrscht, nicht nach Graz, wo das Angebot ja bereits jetzt schon ein gutes ist. Dieses Beispiel treffe auch auf die meisten anderen Landeshauptstädte sowie größeren Städte Österreichs zu. Außer auf Wien, das gleichzeitig ein Bundesland ist – hier besteht also keine Konkurrenz zwischen Land und Stadt und daher auch kein Gezerre um das Geld.

„Gegenwärtig öffnet sich das Krokodilsmaul immer weiter und bedroht unsere Städte“, ergänzt Finanzstadtrat Manfred Eber (KPÖ). „Damit meine ich die kontinuierlich wachsende Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben der Kommunen. Laut den neuesten Schätzungen des Finanzministeriums werden die Ertragsanteile für Städte und Gemeinden im laufenden Jahr im Vergleich zu 2022 deutlich schrumpfen. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate weiter an, im September waren es plus 7,5 Prozent.“

Eine Alternative zu dem beabsichtigten Modell könne – sofern der vertikale Schlüssel nicht angepasst wird – sein, den Zukunftsfonds in zwei Töpfe aufzuteilen und die Städte bei der Aufrechterhaltung ihrer bereits bestehenden Angebote in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuung und Klimaschutz direkt zu unterstützen – „also an den Ländern vorbei“, so Müller. „Oder der Bund reserviert Mittel im vorgeschlagenen Zukunftsfonds mit der Zielsetzung, dass die Länder damit bereits bestehende Angebote der Städte und Gemeinden finanziell unterstützen – also separate Ziele für Regionen, die Ziele bereits erreicht haben. So könnte verhindert werden, dass die bisher geleisteten Vorarbeiten der Städte im Bestand gefährdet und die Städte zu einem Kollateralschaden der Verhandlungen werden.“

„Dringender Handlungsbedarf“

„Unsere Aufgabe als Stadt ist es, erster Ansprechpartner für alle zentralen Lebenslagen der Klagenfurter zu sein“, sagt der Klagenfurter Finanzstadtrat Philipp Liesnig (SPÖ). Es herrsche dringender Handlungsbedarf, damit die Kommunen ihren grundlegenden Aufgaben nachkommen können. Die Kombination aus sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben gefährde die Ausbauprojekte in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Klimaschutz, Bildung, Kinderbetreuung, Sozialleistungen und Pflege.

Darauf weist auch der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi (Grüne) hin. „Wir spüren den starken Druck der stagnierenden Einnahmen aus den Ertragsanteilen hautnah. Gleichzeitig müssen wir als Kommune wichtige Herausforderungen stemmen: Wir brauchen mehr Angebote in den Bereichen Kinderbildung und Pflege, wir brauchen Millionen für den unaufschiebbaren Umbau Innsbrucks zu einer klimafitten Stadt – all das kann nicht ohne die entsprechenden Mittel aus dem Finanzausgleich gelingen.“

Auch die kommenden Jahre würden keine positive Entwicklung versprechen. Die Anteile an den Steuereinnahmen werden von 2022 bis 2026 voraussichtlich um elf Prozent steigen, die Ausgaben aber um 28 Prozent. „Es ist höchste Zeit, dass der Schlüssel angepasst wird“, sagt Michael Ritsch (SPÖ), Bürgermeister in Bregenz. „Die Aufgaben der Gemeinden erfordern Investitionen, die nicht mehr zu stemmen sein werden.“

Quelle	Die Presse
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor:in	Köksal Baltaci
Sprache	Deutsch

KOMMENTAR

VON KÖKSAL BALTACI

Weitsicht oder falsches Spiel?

Der Zukunftsfonds wirkt wie eine Beruhigungspille.

Länder und Gemeinden gegen den Bund – das ist die Front bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich. Die Länder wollen 25 statt 20 Prozent der Steuereinnahmen, die Gemeinden 15 statt zwölf, der Bund will seine 68 Prozent behalten.

Um dieses große Ziel zu erreichen, setzt Finanzminister Magnus Brunner den Ländern viele kleine Ziele. Sollten diese – mit Bundesmitteln aus dem sogenannten Zukunftsfonds – erreicht werden, können die Länder mit weiteren Geldern rechnen. Klingt weitsichtig. Auch der Name ist geschickt gewählt. Mit einem „Fonds“ assoziiert man in der Regel Investitionen in die Zukunft.

Nur: Welche Projekte in welchem Zeitraum und von wem umgesetzt werden sollen, ist ebenso unklar wie die Bewertungskriterien des Erfolgs der Projekte. Zudem dürfen die Gemeinden bei der Verwendung der Gelder nicht mitreden. Bei so vielen offenen Fragen wäre eine effiziente Umsetzung dieser Idee ein kleines Wunder.

Außer natürlich, es geht gar nicht um eine effiziente Umsetzung und beim Zukunftsfonds handelt es sich um eine Beruhigungspille für die Länder – mit der Absicht, deren gemeinsame Front mit den Gemeinden aufzubrechen und den Verteilungsschlüssel beizubehalten. Dann sind die Schwächen des Fonds, also die ungeklärten Details, seine Stärke. Denn je undurchsichtiger ein Konstrukt, desto eher kann es später sabotiert, in die Länge gezogen und je nach Bedarf neu aufgesetzt werden. Aber nein, das kann nicht die Absicht des Finanzministers sein.

Das würde ja bedeuten, dass er das Kind nicht beim Namen nennt und sogar ein falsches Spiel spielt. Und das in Österreich. Unmöglich.

koeksal.baltaci@diepresse.com

Städte fürchten Schuldenexplosion

Steuereinnahmen.

Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz fordern eine Änderung des Verteilungsschlüssels. Ansonsten könnten sie ihre Kernaufgaben nicht mehr stemmen.

VON KÖKSAL BALTACI

Wien. Mit der Inflation steigen die kommunalen Ausgaben, während gleichzeitig die Anteile am Steuergeld als Hauptquelle der Einnahmen für Städte schrumpfen. Eine Entwicklung, die Österreichs Städte in eine finanzielle Schieflage gebracht habe, die langsam bedrohlich werde, sagen die Finanzreferenten der Städte Graz, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz.

Sie fordern (wie auch der Städtebund) eine Änderung des sogenannten vertikalen Schlüssels im Finanzausgleich – von bisher zwölf auf 15 Prozent. 20 Prozent fließen an die Länder (auch sie fordern eine Anhebung, und zwar auf 25 Prozent), den Rest behält der Bund. Dieser wiederum schlägt vor, statt der Veränderung des Schlüssels Mittel aus dem eigens gegründeten Zukunftsfonds bereitzustellen, der mit einer Milliarde Euro jährlich aus dem Bundesbudget gefüllt wird – allerdings erfolgsabhängig. Also mit der Bedingung, dass im Vorfeld definierte Ziele in den drei Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz erreicht werden müssen. Der stärkste Fokus soll dabei auf ersterem Bereich liegen. Werden diese Ziele innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht erreicht, fällt die Unterstützung ab der nächsten Runde weg.

Kinderbetreuung und Klima

Plus: Die Hoheit über diese Mittel sollen zur Gänze die Länder haben, nicht die Städte bzw. Gemeinden – mit dem Argument, dass die Städte, die den Ländern regulatorisch untergeordnet sind, ohnehin auch davon profitieren werden. Schließlich betreffen Investitionen in den drei genannten Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen und Klimaschutz auch die Städte.

Ein Konzept von Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP), dessen Einzelheiten in den kommenden Wochen ausverhandelt werden, mit dem die Städte aber ohne zusätzliche Rahmenbedingungen



Österreichs Städte vermuten, dass vom Zukunftsfonds in erster Linie ländliche Regionen profitieren werden. [picturedesk/Spierring]

nicht einverstanden sind. Sie fürchten nämlich, dass durch die Vorgabe von Zielen die Gelder hauptsächlich in ländliche Regionen fließen werden, weil dort der Bedarf an Angebotserweiterungen tendenziell höher sei.

„Nehmen wir das Beispiel Kinderbetreuung“, sagt Johannes Müller, Finanzdirektor von Graz, im „Presse“-Gespräch. „Graz verfügt über vergleichsweise gute Angebote bei der Kinderbetreuung.“ Wenn nun die Zielvorgabe eine Verbesserung des Angebotes im Landeschnitt wäre, dann ist davon auszugehen, dass Graz vom Großteil der Mittel aus dem Zukunftsfonds nicht profitieren wird. Die Gelder würden in jene Regionen fließen, in denen Aufholbedarf herrscht, nicht nach Graz, wo das Angebot ja bereits jetzt schon ein gutes ist. Dieses Beispiel treffe auch auf die meisten anderen Landeshauptstädte sowie größeren Städte Österreichs zu. Außer auf Wien, das gleichzeitig ein Bundesland ist – hier besteht also keine Konkurrenz zwischen Land und Stadt und daher auch kein Gezerre um das Geld.

„Gegenwärtig öffnet sich das Krokodilsmaul immer weiter und bedroht unsere Städte“, ergänzt Finanzstadtrat Manfred Eber (KPÖ). „Damit meine ich die kontinuierlich wachsende Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben der Kommunen. Laut den neuesten

Schätzungen des Finanzministeriums werden die Ertragsanteile für Städte und Gemeinden im laufenden Jahr im Vergleich zu 2022 deutlich schrumpfen. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate weiter an, im September waren es plus 7,5 Prozent.“

Eine Alternative zu dem beabsichtigten Modell könne – sofern der vertikale Schlüssel nicht angepasst wird – sein, den Zukunftsfonds in zwei Töpfe aufzuteilen und die Städte bei der Aufrechterhaltung ihrer bereits bestehenden Angebote in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuung und Klimaschutz direkt zu unterstützen – also separate Ziele für Regionen, die Ziele bereits erreicht haben. So könnte verhindert werden, dass die bisher geleisteten Vorarbeiten der Städte im Bestand gefährdet und die Städte zu einem Kollateralschaden der Verhandlungen werden.“

„Dringender Handlungsbedarf“

„Unsere Aufgabe als Stadt ist es, erster Ansprechpartner für alle zentralen Lebenslagen der Klagenfurter zu sein“, sagt der Klagenfurter Finanzstadtrat Philipp Liesnig (SPÖ).

Es herrsche dringender Handlungsbedarf, damit die Kommunen ihren grundlegenden Aufgaben nachkommen können. Die Kombination aus sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben gefährde die Ausbauvorhaben in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Klimaschutz, Bildung, Kinderbetreuung, Sozialleistungen und Pflege.

Darauf weist auch der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi (Grüne) hin. „Wir spüren den starken Druck der stagnierenden Einnahmen aus den Ertragsanteilen hautnah. Gleichzeitig müssen wir als Kommune wichtige Herausforderungen stemmen: Wir brauchen mehr Angebote in den Bereichen Kinderbildung und Pflege, wir brauchen Millionen für den unaufschiebenden Umbau Innsbrucks zu einer klimafitten Stadt – all das kann nicht ohne die entsprechenden Mittel aus dem Finanzausgleich gelingen.“

Auch die kommenden Jahre würden keine positive Entwicklung versprechen. Die Anteile an den Steuereinnahmen werden von 2022 bis 2026 voraussichtlich um elf Prozent steigen, die Ausgaben aber um 28 Prozent. „Es ist höchste Zeit, dass der Schlüssel angepasst wird“, sagt Michael Ritsch (SPÖ), Bürgermeister in Bregenz. „Die Aufgaben der Gemeinden erfordern Investitionen, die nicht mehr zu stemmen sein werden.“

Info & Buchung:

0800 560 080 | service@reisethek.at



REISETHEK

Eine Marke der COLUMBUS Gruppe

VILNIUS Magische Adventszeit

Modern, traditionsbewusst und kreativ – das ist Vilnius, die faszinierende Hauptstadt von Litauen. Das historische Zentrum beherbergt mehr als fünfzig Kirchen und hat sich über die Jahrhunderte hinweg seinen Charme bewahrt, der sich besonders zur Adventszeit entfaltet.

HIGHLIGHTS IHRER REISE

- Direktflüge mit Austrian Airlines ab/bis Wien
- 4 Nächte im 4* Hotel Vilnia inkl. Frühstück
- Eintrittskarte für die Oper „La Bohème“ im Litauischen Nationaltheater
- 1 Mittag- & Abendessen
- Altstadttrundgang inkl. Eintritt in die Universität
- Führung durch den Uzupis Kunst-Inkubator
- Ausflug nach Trakai mit Besichtigung der Wasserburg
- Aperitif im Hotel vor der Oper



Wasserburg Trakai

REISETERMIN

06.12. – 10.12.23 [min. 10/max. 16 Personen]

5 Tage im DZ ab € 1.250 p.P.

5 Tage im EZ ab € 1.550

Europäische Reiseversicherung € 98 p.P. im DZ / € 107 im EZ



Stikliai Straße

Diese Bewerbung ist lediglich auszugswisend und hat nur informativen Charakter. Details zum Reiseverlauf, den inkludierten Leistungen, der Buchungsabwicklung, den AGB und den Rahmenbedingungen zum Reiseangebot finden Sie auf www.reisethek.at. Veranstalter: COLUMBUS Reisen GmbH & Co KG. Fotos: Dreamstime, Joana Suslaviciute.